

Universitäten wird zwar in zunehmendem Maße das Wissen über die Demokratie vermittelt, die Demokratie selber aber noch nicht im möglichen Umfange praktiziert. Man denke hierbei nicht nur an das schon oft kritisierte Verhältnis zwischen Studenten und Professoren, sondern auch an die Stellung der Referendare an den Schulen und zum Teil im Lernprozeß überflüssige autoritäre Strukturen. Reformen in diesen Bereichen mögen unmittelbar vielleicht nicht der NPD den Zustrom ihrer Anhänger rauben, sie fördern aber eine Demokratisierung der Gesellschaft, die dem Rechtsradikalismus langfristig allein den Boden unter den Füßen wegzuziehen vermag und ihm seine politische Wirksamkeit nimmt.

Prof. Dr. Karl Otmar Frhr. v. Aretin

Bürgerliche Mitte oder konservative Rechtspartei?

Der Strukturwandel innerhalb der Christlich-Demokratischen Union

Über die Politik der Bundesregierung seit Bildung der Großen Koalition gibt es in der Öffentlichkeit des In- und Auslandes unterschiedliche und zum Teil durchaus widersprüchliche Meinungen. Die „Blätter“ haben sich deshalb vorgenommen, diese Frage von verschiedenen Autoren erörtern zu lassen. In diesem Heft beschäftigt sich Prof. Karl Otmar Frhr. v. Aretin mit Möglichkeiten eines Strukturwandels der CDU. In der nächsten Ausgabe folgt ein Beitrag zum Thema: „Die CDU in der Großen Koalition“.
D. Red.

Das Jahr 1966 hat mit der Großen Koalition im Bund das Ende einer Entwicklung gebracht, die praktisch mit dem Godesberger Programm der SPD 1960 begonnen hatte. Es ist der SPD gelungen, in Bonn in die politische Verantwortung zu gelangen. Ihre Umarmungstaktik, die ihr von vielen als ein Aufgeben ihrer eigentlichen Ziele angekreidet worden ist, hat damit Erfolg gehabt. Das heißt auf der anderen Seite: Die Christlich-Demokratische Union ist nicht mehr wie in den vergangenen 17 Jahren die Staatspartei schlechthin, sondern sie muß Macht und Verantwortung mit der Partei teilen, die zu verketzern sie bisher kaum ein Mittel gescheut hat. Die Frage, welche Veränderungen sich aus dieser Tatsache für die SPD ergeben, soll hier nicht weiter erörtert werden. Sicher aber ist, daß sich daraus erhebliche Konsequenzen für die CDU ergeben werden.

Seit ihrer Gründung hat diese Partei erhebliche Wandlungen durchgemacht. War sie ursprünglich als eine Art überkonfessionelles Zentrum gedacht, in dem von

den Arbeitnehmern bis zu den Besitzenden alles vereinigt sein sollte, was bereit war, christliche Politik zu treiben, so ist sie in der Verantwortung mehr und mehr zu einer bürgerlichen konservativen Partei mit klerikalem Einschlag geworden. Das C im Namen verlor an Bedeutung. Diese Entwicklung ist durch zwei Erfahrungen gefördert worden, die beide insofern unheilvolle Auswirkungen hatten, als sie die Politik der CDU auf Thesen und Maximen einschränkten, die ihr schließlich die Möglichkeit nahmen, auf die Veränderungen in der Innen- und Außenpolitik zu reagieren. Das war einmal die antimarxistische Frontstellung, die jedes Bündnis mit der SPD als einen Verrat erscheinen ließ. Zum anderen jener eigentümliche Prozeß des Zerfalls der neben der CDU bestehenden bürgerlichen Parteien, der die Partei immer weiter nach rechts führte. Die Bedeutung dieses Prozesses wird wohl erst klar, wenn man von der ursprünglichen Konzeption der CDU ausgeht, wie sie im Widerstand 1944/45 gedacht worden war. Danach sollte sie eine bürgerliche Mittelpartei sein, die, wie das Zentrum der Weimarer Republik, sowohl nach rechts wie nach links koalitionsfähig war. Die Entwicklung ist von Beginn der Bundesrepublik an in eine andere Richtung gegangen. Es waren nicht die Vorstellungen des Widerstandes von einem gemeinsamen Wirken aller demokratischen Kräfte, das sich gegen eine starke Rechte absetzen sollte, die das Schicksal der Bundesrepublik bestimmten. Das Hervortreten wirtschaftspolitischer Gegensätze zwischen CDU und SPD und das Auftreten Konrad Adenauers, der nie den Anschauungen der aus dem Widerstand hervorgegangenen Gründer der CDU angehangen hatte, von denen nur die Namen Hermes, Jakob Kaiser und Karl Arnold genannt seien, haben eine solche Entwicklung verhindert. Man mag das für die ersten Jahre bedauern, doch zeigt das österreichische Beispiel, daß eine solche anfangs sicher segensreiche Entwicklung auch sehr unliebsame Folgen haben kann.

Die Folge war: Das völlige Verschwinden rechtsextremer Kreise aus der deutschen Nachkriegspolitik hat die Demokratie zu einem Zeitpunkt bereits als selbstverständliche Grundlage unseres politischen Lebens erscheinen lassen, wo dies an sich gar nicht so selbstverständlich war. Das war teilweise das Ergebnis echter demokratischer Besinnung, teilweise aber auch Tarnung. Dies brachte es mit sich, daß Kräfte in die einzelnen Parteien eindrangten, deren Bekenntnis zur Demokratie bestenfalls ein Lippenbekenntnis war. Hierbei zeigte sich eine eigentümliche Eigenschaft der Deutschen, die sie befähigt, sich neuen Verhältnissen anzupassen, ohne sich wirklich damit zu identifizieren. Genau wie man zur Kaiserzeit Monarchist war und jeden, der dagegen war, scheel ansah, selbst wenn man selber die Monarchie als überlebt betrachtete, wie man sich im Dritten Reich zum Führerprinzip bekannte, so gibt es seit 1945 Superdemokraten, die sich um so demokratischer gerieren, je weniger sie von den wirklichen Werten der Demokratie überzeugt sind.

Zunächst war man in Deutschland der Meinung, daß die SPD als die Partei mit der eindeutig demokratischsten Tradition 1949 die Verantwortung übernehmen würde. Dies wäre 1946 auch wahrscheinlich der Fall gewesen. 1949 war die Entwicklung bereits in eine andere Richtung gegangen, wobei das Ansprechen des deutschen Nationalgefühls durch Kurt Schumacher — eine Erfahrung des erfolglosen antinationalen Kurses der SPD der Jahre 1928 bis 1933 — groteskerweise genau das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung zeitigte.

Die Tatsache, daß die CDU und nicht die SPD die bestimmende Kraft wurde, hätte jedoch noch nicht jene unfruchtbare antimarxistische, sprich antisozialdemokratische Einstellung hervorgebracht, die in den letzten Jahren so deutlich zutage

trat. Diese in der Person Adenauers angelegte Entwicklung verschärfte sich noch durch einen Prozeß, der mit dem Schlagwort „Trend zum Zweiparteiensystem“ nur sehr unvollkommen umschrieben ist und der innerhalb der CDU wichtige strukturelle Veränderungen hervorbrachte.

Von den acht 1949 im Bundestag vertretenen Parteien waren 1961 nur mehr drei vorhanden. Zwei, die KPD und die SRP, wurden wegen ihrer antidemokratischen Grundhaltung verboten. Vier weitere verschwanden aus dem Bundestag oder lösten sich ganz auf. Dies waren die WAV, die Bayernpartei, der BHE und die Deutsche Partei. Sie alle sind mehr oder weniger in der CDU oder, wie die Bayernpartei, der CSU aufgegangen. Dieser Prozeß des Aufsaugens von Splitterparteien hatte zwei Folgen: Er hat jahrelang der CDU Wahlsiege gebracht, obwohl Teile ihrer ursprünglichen Anhänger zur SPD oder FDP abwanderten. Er hat aus demselben Grund aus der ursprünglichen Mittelpartei eine Rechtspartei werden lassen. In eben dem Maß, in dem diese Entwicklung fortschritt, wurde die CDU intoleranter, antisozialistischer, wurde auch ihre Innen- und Außenpolitik starrer, von Maximen beherrscht. Man denke hier nur an die Fortsetzung unserer Politik des Kalten Krieges trotz aller internationalen Entspannungsversuche, an den deklamatorischen Charakter der Forderung nach Wiedervereinigung und der Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Linie, die alle über ihre innere Berechtigung hinaus, die grundsätzlich nicht bestritten sei, der Begründung einer prinzipiell antikommunistischen Politik dienten. So ist die deutsche Demokratie mit einer überdeutlichen Front gegen den Kommunismus aufgebaut worden, während die Abwehr des Rechtsextremismus in ein Schattenboxen abglitt. Beide Tatsachen haben in ein und dieselbe Richtung gewirkt. Während die alten Nationalsozialisten und Deutschnationalen über den Antikommunismus ihren Zugang zur Bonner Demokratie fanden und bald das eine mit dem anderen verwechselten, konzentrierte sich der Kampf gegen Rechts allein auf Hitler, der bald als einziger hundertprozentiger Nationalsozialist übrigblieb. Wurde so auf der einen Seite aus dem Dritten Reich der Antikommunismus mit allen antibolschewistischen Kreuzzugsideologien in die Bonner Republik gerettet, so wurde auf der anderen die Mitgliedschaft zum Nationalsozialismus politisch auf einen so engen Kreis beschränkt, daß praktisch niemand belastet blieb. Diese Vorgänge standen insofern mit dem Prozeß des Aufsaugens der rechten Splitterparteien in unmittelbarem Zusammenhang, als es ja die zunehmend konservative Politik der CDU war, die es den ursprünglich nicht selten in Splitterparteien wie der DP oder dem BHE tätig gewordenen ehemaligen Nationalsozialisten ermöglichte, in der CDU heimisch zu werden. Ein Beispiel dafür mag etwa der ehemalige BHE-Abgeordnete Becher sein, der jahrelang im Bayerischen Landtag für seine nationalistischen Thesen berüchtigt war und der 1965 über die CSU seinen Einzug in den Bundestag hielt.

Dieser Prozeß des Aufsaugens ist mit den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen zu einem ersten Abschluß gelangt. Obwohl die CDU dort alle rechts von ihr stehenden Parteien aufgesogen hatte, erlitt sie eine böse Niederlage. Die Tatsache, daß sie seit Jahren Stimmen an die SPD verlor, wurde dadurch überdeutlich. Diese Landtagswahl brachte zum erstenmal das Modell eines Dreiparteiensystems in praktischer Vollendung. Auf Splitterparteien waren nicht mehr als 0,2 Prozent der Stimmen entfallen.

Die Landtagswahlen in Hessen und Bayern haben dann gezeigt, daß dieser Prozeß, zunächst jedenfalls, zum Stehen gekommen ist. Zwar sind äußerlich betrachtet drei Parteien aus den Parlamenten verschwunden: Die FDP und die

Bayernpartei in Bayern und der BHE in Bayern und Hessen. Dafür ist eine neue Partei, die NPD, dazu gekommen. Ihr überraschender Erfolg hat die eigentlich sehr viel bemerkenswertere Tatsache verdeckt, daß die in Nordrhein-Westfalen restlos verschwundenen Splitterparteien in diesen beiden Ländern eine erstaunliche Lebenskraft bewiesen haben. Der BHE blieb in Hessen nur 0,2 Prozent unter der Fünf-Prozent-Klausel, und die Bayernpartei verfehlte die Zehn-Prozent-Klausel in Niederbayern nur um etwas mehr als 1 Prozent.

Da man beiden Parteien vor der Wahl nicht die geringste Chance eingeräumt hatte und diese Tatsache meist genügt, um einen nicht unerheblichen Teil des Wählerstammes abzuziehen, wiegt diese Tatsache doppelt schwer.

Sowohl der BHE wie die Bayernpartei konnten in einigen Gebieten, wie in München die Bayernpartei, sogar zahlenmäßig Gewinne verbuchen, die sich nur bei der gestiegenen Wahlbeteiligung nicht in Prozenten ausdrückten. Das heißt aber, daß der BHE in Hessen und die FDP in Bayern vielleicht sogar die Bayernpartei ohne das Auftreten der NPD in die Landtage eingezogen wären.

Welche Gründe hierfür vorliegen, kann hier nicht weiter untersucht werden. Wichtig aber ist: die lang andauernde Krise der CDU hat sie offenbar ihrer bisherigen Fähigkeit beraubt, die Splitterparteien an sich zu ziehen. Das heißt aber, daß in Hessen und Bayern zwischen 5 und 7 Prozent liegende Wählermassen vorhanden sind, die eine neue politische Heimat suchen und sie offenbar in den drei großen Parteien nicht finden können. Die Wahlergebnisse in Hessen und Bayern zeigen zwar nicht ganz genau, aber doch deutlich, daß die großen Parteien in der jetzigen Situation keine großen Gewinne mehr erwarten können. Die SPD hat aus dem Versagen der CDU keine Gewinne mehr schlagen können. Die CDU gab zwar Wähler an die SPD ab, in größerem Umfang jedoch offensichtlich an die NPD, die auch von SPD und FDP Stimmen erhielt.

In dieser Situation gab es für die CDU nur zwei Möglichkeiten. Entweder sie hielt eisern an einer Koalition mit der FDP fest und versuchte weiterhin durch Betonung einer rechts gerichteten Politik nach rechts Stimmen zu fangen. Das wurde in Nordrhein-Westfalen versucht, führte jedoch zu keinen überzeugenden Ergebnissen. Es war ja neben den selbst verschuldeten wirtschaftlichen Mißerfolgen gerade ihre konservative Außen- und Innenpolitik, die der CDU zu schaffen machte. Oder man entschloß sich zur Großen Koalition. Mit bemerkenswertem Erfolg ist die CDU diesen Weg gegangen, wobei sie den Konkurs ihrer Politik Ludwig Erhard und der daran unschuldigen FDP in die Schuhe schob.

Diese Entscheidung war bei dem Strukturwandel der Wählerschaft, wie wir ihn oben skizziert haben, insofern angelegt, als es bei dem Erstarken der Rechtsparteien nunmehr für die CDU darauf ankam, die an die SPD abgegebenen Wähler zurückzugewinnen, wenn sie nicht ausbluten wollte. Damit geriet die bedingungslos antisozialistische Haltung, die bisher in der CDU geradezu die Rolle einer Wahllokomotive gespielt hatte, ins Zwielicht. Der bereits in der Bundestagswahl von 1965 aufgetretene und sich in den Landtagswahlen verstärkende Verlust von CDU-Stimmen an die SPD in katholischen Landgemeinden sprach hier eine deutliche Sprache. Zum zweiten zeigten aber gerade die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen mit ihren Stimmengewinnen für SPD und FDP, daß die CDU mit einer einseitig konservativen Politik Gefahr lief, allein verantwortlich für das sich abzeichnende Debakel zu werden. Wenn die Entscheidung zur Großen Koalition auch nicht allein aus diesen Erwägungen heraus geschah, so zeigen doch schon die ersten Wochen der Regierung Kiesinger, welche neuen

Impulse der CDU aus der Verbindung mit der SPD zuströmten. Dies geschah nicht zuletzt deshalb, weil die CDU dadurch die Möglichkeit erhielt, ohne Prestigeverlust Grundmaximen ihrer durch Starrheit verfehlten Innen- und Außenpolitik preiszugeben.

Wieweit nun das zu einer Abwanderung von CDU-Wählern zur NPD führen wird, bleibt abzuwarten. Noch wahrscheinlicher ist ein Stimmenrückgang der SPD, die sowohl an die CDU wie an die FDP enttäuschte Wähler wird abgeben müssen. Insofern dürften die Landtagswahlen des Jahres 1967 den Eifer zum reinen Mehrheitswahlrecht innerhalb der SPD dämpfen. Eine solche Wahlrechtsmanipulation, und um eine solche handelt es sich, dürfte FDP und NPD gleichermaßen treffen, aber kaum verhindern, daß ein paar Abgeordnete beider Parteien in den Bundestag 1969 oder 1973 einziehen werden. Für die innere Struktur der CDU wäre eine solche Manipulation wahrscheinlich verhängnisvoll, weil sie einen möglichen Trend zur Mittelpartei stoppen würde. Notgedrungen würde aus der CDU in diesem Fall eine Art konservativer Partei mit all den braunen Schattierungen, die in Deutschland nun einmal mit der Rechten verbunden sind. Sie müßte dann mit jenen antidemokratischen Strömungen fertig werden, die sich heute da und dort bereits regen und in Deutschland insofern eine Tradition haben, als die konservative Rechte hier immer bis in den Widerstand hinein antidemokratisch war. Derartige Strömungen sind schon jetzt innerhalb der CDU, etwa bei von Hassell oder Lücke und hier insbesondere in der skandalösen Art erkennbar, wie von ihm die Notstandsverfassung vorangetrieben wird. In diesem Sinne könnte eine NPD in der Größenordnung bis zu 15 Prozent sogar eine heilsame Funktion ausüben. Nach einem ersten Entsetzensschrei hat sich die Weltöffentlichkeit auch an die Neofaschistische Partei in Italien gewöhnt. Eine Versammlung aller Nationalisten in einer Partei müßte aber in Deutschland zur Gesundung der anderen führen. Nicht nur, weil diese Partei diese Elemente an sich ziehen würde, sondern weil deren Parolen die anderen Parteien und gerade die CDU/CSU zwingen würden, sich davon zu distanzieren.

Jedenfalls wäre eine Unterdrückung der NPD durch eine Änderung des Wahlrechts außen- und innenpolitisch viel gefährlicher als ein Gewährenlassen. Es bleibe hier das Argument unerörtert, daß eine solch zweifelhafte Unterdrückung nur zur Radikalisierung der NPD-Anhänger führen müßte. Meine These von den üblen außen- und innenpolitischen Folgen einer Wahlrechtsänderung zielt vielmehr auf den oben aufgezeigten inneren Strukturwandel der CDU.

Wenn oben von der Möglichkeit einer Neuorientierung der Innen- und Außenpolitik und einem innerhalb der CDU wieder in Gang gekommenen Trend zur Mittelpartei die Rede war, dann muß dies mit einigen Vorbehalten geschehen. Es gibt bis jetzt in der Spitze der CDU kaum Anzeichen, daß hier an eine grundsätzliche Änderung der Politik gedacht wird. Die Leichtfertigkeit, mit der man angesichts der Krise von Grundgesetzänderungen spricht, von denen einige offensichtlich nicht nur wirtschaftlich bedingt sind, sondern die Befürchtungen nahelegen, daß es hier um einen Abbau der bürgerlichen Grundrechte und um ein Aushöhlen des Föderalismus geht, ist erschreckend. Es wird offenbar völlig übersehen, daß es jene von Schleicher beabsichtigten und von Brüning und später in massiver Form von Papen betriebenen Manipulationen an der Weimarer Verfassung waren, die Hitlers Aufstieg zur legalen Machtergreifung entscheidend erleichtert haben. Wer in einer Krise an die Unveränderbarkeit der Verfassung zu greifen wagt, der nimmt eine ungeheure Verantwortung auf sich. Von dieser Erkenntnis ist bisher bei den Verantwortlichen der CDU nichts zu spüren.

Auch geschieht die Rückkehr zum Projekt der Großen Koalition nicht im Zeichen der Demokratie. Karl Arnold, Jakob Kaiser, Hermes und manche andere hatten 1949 durch eine Große Koalition die Demokratie in Deutschland stärken wollen. Paul Lücke, einem der Schöpfer der Großen Koalition, geht es um die Verwirklichung seiner höchst zwielichtigen Notstandspläne, die ohne SPD nicht verwirklicht werden können. Er hat sich darüber hinaus noch bei der Behandlung der berüchtigten Schubladengesetze als ein kaltschnäuziger Verächter demokratischer Spielregeln erwiesen, so daß die Behauptung, es sei ihm um eine Stärkung der Demokratie bei der Gründung der Großen Koalition gegangen, wenig Glaubwürdigkeit besitzt. Dasselbe gilt sicher auch für Franz Josef Strauß. Es ging hier um die Überwindung von selbstverschuldeten Schwierigkeiten, um das Bannen der Gefahr, mit einem Minderheitenkabinett Erhard alle Folgen verfehlter innen- und außenpolitischer Entscheidungen allein ausbaden zu müssen. Gerade hier aber zeigt sich die Ambivalenz derartiger politischer Entwicklungen. Es kann sein, daß die SPD sich den Notstandsgesetzen Paul Lückes beugt. Es ist aber genausogut möglich, daß die SPD innerhalb der Koalition bessere Einwirkungsmöglichkeiten erhält als in der Opposition. Da sich keiner der Koalitionspartner einen Mißerfolg der Regierung Kiesingers leisten kann, ist es durchaus möglich, daß der Zwang der politischen Entscheidungen zu einem besseren politischen Stil im demokratischen Sinn führt, wie andererseits die Gefahren nicht abzuleugnen sind, die in einer über die verfassungsändernde Mehrheit verfügenden Koalition auf der Hand liegen. Das heißt, in einer Großen Koalition ist sowohl eine Vereinigung der in beiden Parteien vorhandenen undemokratischen, wie der demokratischen Kräfte möglich. Es ist zum Beispiel durchaus vorstellbar, daß der bisher so wenig in Erscheinung getretene linke Flügel der CDU in einer Großen Koalition größere Wirkungsmöglichkeiten erhält, dem bisher ein Zusammenspiel mit der in der Opposition befindlichen SPD als Parteiverrat ausgelegt worden wäre. Das heißt aber, daß die Begleiterscheinungen, die zur Großen Koalition führten, nicht unbedingt etwas über die Folgen aussagen, die sich daraus ergeben. Die hier anstehende Frage kann auch auf die Formel gebracht werden: In welcher Gestalt wird sich die CDU 1969 den Wählern stellen? Daß die Große Koalition ohne Folgen für das innere Gefüge der Partei bleibt, ist unwahrscheinlich. Die SPD wie bisher als regierungsunfähige Marxisten abzustempeln, wird der CDU daher nur möglich sein, wenn die jetzt bestehende Koalition offensichtlich scheitert. Das würde sicher die Rechte innerhalb der CDU stärken, wobei abzuwarten bleibt, wie sich ein solches Fiasko auf die Wähler auswirken wird. Es ist daher sehr viel wahrscheinlicher, daß der militante Antimarxismus innerhalb der CDU durch eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit der SPD an Glaubwürdigkeit einbüßt. Das kann innerhalb der Wählerschaft eine Tendenz zur Mitte bedingen, die ohnehin deswegen nicht unwahrscheinlich ist, weil es unter den SPD-Wählern einen nicht unerheblichen Prozentsatz ehemaliger CDU-Wähler gibt, der durch den allzu konservativen Kurs der CDU verprellt worden ist und der durch eine Große Koalition und einen Kurs der Mitte für die CDU wieder gewonnen werden kann. Eine solche Entwicklung könnte auf die Dauer gesehen auf die Führung nicht ohne Folge bleiben. Da die Entwicklung nach rechts innerhalb der CDU jedoch nicht nur eine Folge des Aufsaugens von Rechtsparteien war, sondern zumindest dadurch eingeleitet wurde, daß der von Adenauer befolgte Rechtskurs die Rechtsparteien um ihre Chancen brachte, so kann dies ein langwieriger Prozeß sein. Ihm kann jedoch insofern ein innerer Zwang innewohnen, als es nicht nur innenpolitische Gründe sind, die die CDU auf einen Kurs der politischen Mitte weisen.

In die politische Verantwortung drängt nun in Deutschland eine Generation, die, wie das Beispiel Kiesinger zeigt, oft NSDAP-Mitglieder wurden, ohne überzeugte Nationalsozialisten gewesen zu sein. An Konrad Adenauer ist diese Versuchung nie herantreten. Jetzt ist jene Generation dran, die 1933 aus jugendlichem Überschwang und ohne ein reifes politisches Urteil, zum Teil auch aus der Not der Jahre 1929 bis 1933 heraus im Nationalsozialismus einen hoffnungsvollen Neubeginn sahen. Diese Generation wird durch die Tat beweisen müssen, daß sie die Ideen des Dritten Reiches überwunden hat. Die Weltöffentlichkeit wird daher ihr viel weniger als ihren Vorgängern einen allzu schrankenlosen Antikommunismus und eine restaurative Politik nachsehen. Das heißt aber, daß eine erneut nach rechts orientierte CDU für Deutschland ganz unabhängig von ihren politischen Prämissen eine wirkliche außenpolitische Gefahr bedeuten würde.

Das aber zeigt, daß in dem künftig von der CDU in der Innen- und Außenpolitik eingeschlagenen Kurs auch eine Vorentscheidung ihrer künftigen Erfolgchancen liegt. Das Kabinett Kiesingers hat der CDU den Offenbarungseid erspart. Es liegt an ihr, ob sie diese Chance nützt. Wird die Große Koalition nicht zu einer Neubesinnung innerhalb der CDU genutzt, so rennt die CDU wahrscheinlich nach deren Auflösung innen- und außenpolitisch in eine zweite Sackgasse, wobei es dann an der politischen Situation liegt, wie schnell sich das herausstellt. So gesehen kann mit Kiesinger eine Entwicklung in der CDU zur Mitte in Gang kommen, die eine echte Chance in der deutschen Politik darstellt.

Es ist anzunehmen, daß es darüber innerhalb der CDU/CSU zu erheblichen Auseinandersetzungen kommen wird. Wenn diese jedoch nicht wieder in persönlich bestimmte Flügelkämpfe ausarten, so können sie nur heilsam sein.

Dr. Stanislaw Schimitzek, Warschau

Zum Thema der sogenannten Vertreibungsverluste

I

Schon seit Jahren, insbesondere aber seit der Zeit, als sich im Westen Deutschlands die KZ-Prozesse mehrten und eine heftige Diskussion über die Verjährung der vom NS-Regime begangenen Verbrechen entstand, wird in der Bundesrepublik verschiedentlich versucht, den infolge der nazistischen Schreckensherrschaft erlittenen riesigen Verlusten an Menschenleben der östlichen Nachbarn Deutschlands die sogenannten Vertreibungsverluste des deutschen Volkes ent-